Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6784**

16. Wahlperiode 24. 10. 2007

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Hettlich, Winfried Herrmann, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/6506 –

Klimaschutz im Gebäudebereich

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Im Gebäudebereich werden ungefähr ein Drittel der Gesamtenergie verbraucht und ca. 20 Prozent der CO_2-Emissionen verursacht. Aufgrund dieser Tatsache ergibt sich für den Bau- und Gebäudebereich ein besonderes Potenzial zur CO_2-Reduktion und mehr Energieeffizienz. Schon heute gibt es mit dem KfW-Gebäudesanierungsprogramm ein Förderinstrument, das die energetische Sanierung durch zinsgünstige Darlehen unterstützt. Vor dem Hintergrund der angekündigten Fortführung der Förderung auf dem bisherigen Niveau ist aber eine genaue Betrachtung der aktuellen Nachfrage und der Qualität der durchgeführten Maßnahmen notwendig. Eine CO_2-Bilanz aller Baustoffe und der verstärkte Einsatz von Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen könnten einen Beitrag dazu leisten, das Bauen der Zukunft klimafreundlicher zu gestalten.

1. Wie hoch war die Nachfrage nach Mitteln aus dem CO_2-Gebäudesanierungsprogramm im 1. Halbjahr 2007?

2. Wie oft wurde die neueingeführte Zuschussvariante des CO_2-Gebäudesanierungsprogramms in Anspruch genommen?

4. Wie sieht die Nachfrage in den einzelnen Programmen zur CO_2-Gebäudesanierung (auch kommunal) zum ökologischen Bauen und Modernisieren aus?

Die Fragen 1, 2 und 4 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam in tabellarischer Form beantwortet:

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 19. Oktober 2007 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Zusagezahlen für die KfW-Programme zum energieeffizienten Bauen und Sanieren per 30. Juni 2007

Programm	Darlehensvolumen in Mio. Euro	Anzahl
CO_2-Gebäudesanierungsprogramm Kredit	927	9 921
CO_2-Gebäudesanierungsprogramm Zuschuss	(79*)	1 262
Wohnraum Modernisieren – ÖKO-PLUS	339	11 464
Ökologisch Bauen – Energiesparhäuser (ESH) 40 und 60	1 115	14 459
Kommunalkredit (KK) – energetische Sanierung	9	32
Sozial Investieren (SI) – energetische Sanierung	1	3

* Bei Zuschüssen ist das geförderte Investitionsvolumen angegeben.

3. Wie hat sich die Nachfrage nach dem CO_2-Gebäudesanierungsprogramm im 1. Halbjahr 2007 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2006 entwickelt?

Das Jahr 2006 war ein Ausnahmejahr, in dem die Nachfrage nach dem Programm durch eine Reihe von Sondereffekten beeinflusst wurde, wie z. B. die sehr günstigen Kreditkonditionen (1 Prozent – Zins im Februar/März) zur Markteinführung des neu gestalteten CO_2-Gebäudesanierungsprogramms, und Vorzieheffekten bei den Bauinvestitionen wegen der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung. Zusätzlich führte der kalte und lange Winter 2005/2006 in Verbindung mit dem deutlichen Anstieg der Energiepreise den Eigentümern anstehenden Sanierungsbedarf vor Augen. Um einen transparenten Vergleich zu einem von Sondereffekten befreiten Zeitabschnitt zu ermöglichen, werden die Daten des Jahres 2005 einbezogen.

Zusagenentwicklung im CO_2-Gebäudesanierungsprogramm 2005 bis 2007

	1. Halbjahr			Gesamtjahr	
	2005	2006	2007	2005	2006
Zusagen (Anzahl)	12 273	21 708	11 191	24 402	43 153
Zusagevolumen (Mio. Euro)*	598	1 736	1 006	1 141	3 368

* Für Zuschüsse wurde 2007 das geförderte Investitionsvolumen eingerechnet

5. Wenn die Nachfrage nach den KfW-Programmen zurückgegangen ist, wie sehen die Gegenstrategien der Bundesregierung aus?

Wie der Vergleich aus der Antwort zu Frage 3 zeigt, liegt das Zusagevolumen im 1. Halbjahr 2007 deutlich über den Werten für den vergleichbaren Zeitraum 2005. Die für das Jahr 2007 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden bei gleich bleibender Zusageentwicklung bis Ende des Jahres nach Einschätzung der KfW ausgeschöpft sein.

6. Wie verteilen sich die Antragsteller (Privatpersonen, Genossenschaften, Kommunen, Wohneigentumsgemeinschaften) auf die unterschiedlichen Programme?

Zur Beantwortung wird auf die folgende Tabelle verwiesen.

Prozentuale Verteilung der Zusagen (Anzahl und Volumen) nach Antragstellern

Stand: 30. Juni 2007 Anteile in Prozent	Private Haushalte		Genossenschaften		Wohnungsunternehmen		Gebietskörperschaften/ Sonstiges	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
CO_2-Gebäudesanierung Kredit	91,0 %	60,4 %	3,2 %	16,1 %	5,1 %	20,6 %	0,7 %	2,9 %
CO_2-Gebäudesanierung Zuschuss	100,0 %	100,0 %	–	–	–	–	–	–
Wohnraum Modernisieren – ÖKO-PLUS	98,5 %	84,0 %	0,3 %	3,5 %	0,9 %	10,1 %	0,3 %	2,4 %
Ökologisch Bauen	96,2 %	68,7 %	0,4 %	4,8 %	3,0 %	19,2 %	0,4 %	7,3 %

Stand: 30. Juni 2007 Anteile in Prozent	Kirchen/Wohlfahrtsverbände		gemeinnützige Antragsteller		Gebietskörperschaften	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Kommunalkredit – energetische Sanierung	–	–	6,3 %	4,4 %	93,8 %	95,6 %
Sozial Investieren – energetische Sanierung	66,7 %	83,3 %	33,3 %	16,7 %	–	–

7. Wie verteilen sich die Antragsteller auf die einzelnen Bundesländer?

Zur Beantwortung wird auf die folgende Tabelle verwiesen.

Verteilung der Zusagen nach Bundesländern per 30. Juni 2007

	CO_2-Gebäudesanierung Kredit		CO_2-Gebäudesanierung Zuschuss		Wohnraum Modernisieren Öko Plus	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Baden-Württemberg	2 017	20 %	284	22 %	2 206	19 %
Bayern	1 879	19 %	323	26 %	2 575	22 %
Berlin	170	2 %	23	2 %	81	1 %
Brandenburg	171	2 %	39	3 %	75	1 %
Bremen	49	1 %	4	0 %	55	0 %
Hamburg	171	2 %	12	1 %	140	1 %
Hessen	616	6 %	101	8 %	855	7 %
Mecklenburg-Vorpommern	93	1 %	14	1 %	45	0 %
Niedersachsen	1 018	10 %	103	8 %	1 233	11 %
Nordrhein-Westfalen	2 059	20 %	169	13 %	2 566	22 %
Rheinland-Pfalz	414	4 %	50	4 %	525	5 %
Saarland	94	1 %	11	1 %	181	2 %
Sachsen	505	5 %	57	5 %	178	2 %
Sachsen-Anhalt	166	2 %	19	2 %	90	1 %
Schleswig-Holstein	377	4 %	39	3 %	561	5 %
Thüringen	122	1 %	14	1 %	98	1 %
Gesamt	**9 921**	**100 %**	**1 262**	**100 %**	**11 464**	**100 %**

	Ökologisch Bauen		Sozial Investieren energetische Sanierung		Kommunalkredit energetische Sanierung	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Baden-Württemberg	2 498	17 %	2	67 %	4	13 %
Bayern	4 382	30 %	–	0 %	19	59 %
Berlin	155	1 %	–	0 %	–	0 %
Brandenburg	393	3 %	1	33 %	–	0 %
Bremen	29	0 %	–	0 %	1	3 %
Hamburg	298	2 %	–	0 %	–	0 %
Hessen	911	6 %	–	0 %	–	0 %
Mecklenburg-Vorpommern	167	1 %	–	0 %	–	0 %
Niedersachsen	1 112	8 %	–	0 %	1	3 %
Nordrhein-Westfalen	2 316	16 %	–	0 %	7	22 %
Rheinland-Pfalz	920	6 %	–	0 %	–	0 %
Saarland	76	1 %	–	0 %	–	0 %
Sachsen	372	3 %	–	0 %	–	0 %
Sachsen-Anhalt	107	1 %	–	0 %	–	0 %
Schleswig-Holstein	548	4 %	–	0 %	–	0 %
Thüringen	175	1 %	–	0 %	–	0 %
Gesamt	**14 459**	**100 %**	3	**100 %**	32	**100 %**

8. Wie hoch sind die bisher vergebenen Finanzmittel für alle Programme?

Hierbei ist nach bereits beendeten und noch laufenden Förderprogrammen der KfW Förderbank für energiesparende Maßnahmen zu unterscheiden.

Bis einschließlich Haushaltsjahr 2006 wurden für die beendeten Programme zur Energieeinsparung und Minderung des CO_2-Ausstoßes 1 481 Mio. Euro Bundeshaushaltsmittel verausgabt bzw. verpflichtet.

Das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm sowie die Programme Wohnraum Modernisieren – ÖKO PLUS, Ökologisch Bauen – ESH 40, Kommunalkredit und Sozial Investieren (energetische Sanierung) werden 2006 bis 2009 mit Bundeshaushaltsmitteln in Höhe von rund 4 Mrd. Euro finanziert. Im Haushaltsjahr 2006 wurden einschließlich der Restmittel aus dem Altprogramm 1 500 Mio. Euro verpflichtet. Der Verpflichtungsrahmen für das Förderprogramm 2007 beträgt 850 Mio. Euro.

9. Welche Aussagen kann die Bundesregierung zur Qualität der durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen und der daraus resultierenden CO_2-Reduktion machen?

10. Welche Beschäftigungseffekte lassen sich durch die KfW-Programme ableiten?

Die Fragen 9 und 10 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zur Ermittlung der durch die Förderung angestoßenen CO_2-Einsparungs- und Beschäftigungseffekte wurden entsprechende Studien beim Bremer Energie Institut (CO_2-Gebäudesanierungsprogramm) bzw. beim Fraunhofer Institut für Bauphysik (Ökologisch Bauen) in Auftrag gegeben. Die Studien, die in Kürze veröffentlicht werden, bestätigen die bisherigen Aussagen der Bundesregierung: Zum einen wird durch die im Jahre 2006 in den Programmen zum energieeffi-

zienten Bauen und Sanieren geförderten Maßnahmen der CO_2-Ausstoß jährlich um rund 1 Mio. t verringert. Mit den geförderten Investitionen wurden zum anderen 2006 insgesamt rund 220 000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen.

11. Wie hoch waren die Mittel, die für die Kampagne „So sieht Klimaschutz aus, der sich auszahlt“ ausgegeben wurden?

    Aus welchem Haushaltstitel wurden diese bezahlt?

Für die Informationskampagne zum CO_2-Gebäudesanierungsprogramm stehen jährlich Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 4 Mio. Euro in Kap. 1225 Titel 661 07 zur Verfügung.

12. Wie hoch ist die Anzahl der Antragsteller, die einen Teilschuldenerlass durch die KfW erhalten haben?

Seit dem Jahr 2005 wurde bei rund 30 000 Kreditzusagen ein Tilgungszuschuss gewährt.

13. Wie wird der CO_2-Minderungswert aus dem Programm berechnet, der auf der Homepage des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gezeigt wird?

Der Wert gibt die Menge des Treibhausgases CO_2 an, die mit Hilfe der im CO_2-Gebäudesanierungsprogramm geförderten Maßnahmen seit 1. Januar 2006 vermieden werden konnte. Die CO_2-Minderung wird berechnet, indem die durchschnittliche CO_2-Minderung je Quadratmeter (38 kg) mit der insgesamt sanierten Wohnfläche multipliziert wird. Für die sanierte Wohnfläche wird die ausgewiesene Anzahl der Wohnungen mit einer durchschnittlichen Größe von 83 Quadratmetern zugrunde gelegt.

14. Wie wird der Wert auf dieser Homepage für die eingesparte Energie berechnet?

Der Wert gibt die Primärenergie in Kilowattstunden (kWh) an, die infolge der durch die KfW geförderten wärmetechnischen Verbesserungsmaßnahmen an Wohngebäuden seit dem 1. Januar 2006 gespart wurden. Dazu werden die CO_2-Einsparungen durch einen mittleren CO_2-Faktor geteilt und mit einem gewichteten mittleren Primärenergiefaktor multipliziert. Die einzelnen Primärenergiefaktoren wurden der DIN 4701-10 entnommen.

15. Wie werden die auf der Homepage angezeigten eingesparten Heizkosten berechnet?

Der Wert zeigt die Heizkosten an, die durch die Sanierung von Wohneinheiten eingespart werden konnte. Die eingesparten Heizkosten ergeben sich aus der seit 1. Januar 2006 gesparten Heizenergie, multipliziert mit den aktuellen Energiepreisen aus der Zeit zwischen dem 1. Januar 2006 und heute.

16. Wie lässt sich das Ziel des Klimapakets der Bundesregierung 40 Mio. Euro Heizkosten zu sparen auf die Anzahl der zu sanierenden Wohnungen und Häuser umrechnen?

17. Wie lässt sich das Ziel 40 Mio. Euro Heizkosten zu sparen auf die CO_2-Reduktion im Gebäudebereich umrechnen?

Die Fragen 16 und 17 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird unterstellt, dass sich die Fragen auf die Aussage beziehen, dass durch die geförderten Maßnahmen bis 2020 rund 40 Mrd. Euro Heizkosten eingespart werden könnten. Diese Aussage ist nicht Bestandteil des auf der Kabinettklausur in Meseberg beschlossenen Integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung.

Grundlage dieser Einschätzung durch die Bundesregierung sind diverse Studien zum gegenwärtig vorhandenen Einsparpotenzial im Gebäudebestand, der wohnungswirtschaftlichen Entwicklung sowie den Energiepreisen. Weiterhin wurden die Auswirkungen ordnungsrechtlicher Maßnahmen und der Förderprogramme einbezogen, die zur Steigerung der gegenwärtigen Sanierungsquote beitragen könnten. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat die vorliegenden Informationen fachlich bewertet und auf der Grundlage realistischer Annahmen eine Schätzung des Einsparpotenzials vorgenommen.

Eine Umrechnung auf CO_2-Reduktionen wird von der Bundesregierung nicht vorgenommen. Die CO_2-Emissionen werden maßgeblich von der Energieträgerstruktur vor und nach Sanierung bestimmt. Eine Prognose darüber ist nicht möglich.

18. Wie hoch ist der Einsatz erneuerbarer Energien bei den durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen?

Die Programme CO_2-Gebäudesanierung bzw. Wohnraum Modernisieren – Öko Plus fördern Modernisierungsmaßnahmen, die der Energieeinsparung und dem Klimaschutz dienen. Der Einsatz erneuerbarer Energien ist ein Teil der möglichen Maßnahmen. Daneben sind weitere Maßnahmen wie Wärmedämmung, Erneuerung der Fenster, Steigerung der Effizienz herkömmlicher Heizungen etc. möglich. Entscheidend ist das Zusammenwirken verschiedener Maßnahmen, um unter den gegebenen Voraussetzungen die bestmögliche energetische Qualität des zu sanierenden Wohngebäudes erzielen zu können.

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Förderziele werden im CO_2-Gebäudesanierungsprogramm entweder definierte Maßnahmenpakete oder Komplettmaßnahmen gefördert, die die Erreichung des Neubau-Niveaus nach EnEV, bzw. EnEV – 30 Prozent zum Ziel haben. Darin sind auch Maßnahmen zu erneuerbaren Energien enthalten, die jedoch einzeln nicht auswertbar sind.

Im Programm Wohnraum Modernisieren – Öko Plus, in dem gezielt Einzelmaßnahmen zur energetischen Sanierung gefördert werden, entfielen im 1. Halbjahr 2007 rund 35 Prozent der Zusagen auf die Erneuerung der Heizungstechnik auf Basis erneuerbarer Energien.

19. Wie viele Passivhäuser wurden seit deren Förderung durch das KfW-Programm gebaut?

Seit 2003 bis einschließlich 30. Juni 2007 wurden insgesamt 2 131 Zusagen für Passivhäuser erteilt.

20. Wie ist zu erklären, das die CO_2-Zahlen für den Gebäudebereich je nach Studie, z. B. NAP II, CRF 2005, Trendlab Emission und UBA 2007, variieren?

    Welche Zahlen nimmt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als Grundlage?

Unterschiedliche CO_2-Zahlen sind durch unterschiedliche Bilanzierungen zu erklären. Die Bundesregierung geht von den Berechnungen der Studie UBA 2007 aus.

21. Wie erklärt die Bundesregierung den erheblichen Anstieg der Baumaterialpreise im Jahr 2006/2007, und wird über eine Gegenstrategie nachgedacht?

Der Anstieg der Baumaterialpreise hat verschiedene Ursachen. Er ist zurückzuführen auf höhere Rohstoffpreise, eine weltweit gestiegene Nachfrage nach bestimmten Baumaterialien, gestiegene Energiepreise, die anziehende Binnennachfrage nach Bauleistungen sowie die gestiegene Mehrwertsteuer. Die Marktakteure haben bereits Anpassungsprozesse eingeleitet, z. B. investiert die Dämmstoffindustrie in zusätzliche Produktionskapazitäten.

22. Wie hat sich die Bautätigkeit im Eigenheimbau in der Bundesrepublik Deutschland seit der Abschaffung der Eigenheimzulage entwickelt?

Im Jahr 2006 wurden 150 069 Wohnungen in Eigenheimen fertig gestellt. Die Zahl der Baugenehmigungen im Eigenheimbau lag im Jahr 2006 – u. a. auf Grund von Vorzieheffekten – mit 145 904 um rund 0,4 Prozent über dem Vorjahreswert. In den Monaten Januar bis Juli 2007 gab es einen Rückgang der Baugenehmigungen um 44,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Sie lagen im Januar 2007 um 65 Prozent deutlich unter den Werten von Januar 2006, stiegen jedoch in den Folgemonaten wieder an und lagen im Juli 2007 um rund 20 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

23. Kann eine veränderte Bautätigkeit, z. B. ein Anstieg des Bauens im Bestand, festgestellt werden?

Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen, dass der Anteil von Bestandsmaßnahmen an den Bauinvestitionen in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Dieser Trend hat sich im Jahre 2007 fortgesetzt.

24. Liegen der Bundesregierung Untersuchungen vor, wie sich die Sanierungsrate bzw. energetische Sanierungsrate seit dem Beginn des CO_2-Gebäudeprogramms entwickelt hat?

Das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm ist seit seinem Start im Jahre 2001 in stetig wachsendem Maße in Anspruch genommen worden. Die Gesamtsanierungsquote lässt sich daraus jedoch nicht ableiten, da der Anteil der nicht geför-

derten Maßnahmen nicht hinreichend genau bestimmt werden kann. Dazu wird derzeit im BMVBS die Vergabe einer Studie vorbereitet.

Aus einer Studie des Forschungszentrums Jülich (Evaluierung der CO_2-Minderungsmaßnahmen im Gebäudebereich; 2005) geht jedoch hervor, dass, bezogen auf alle Sanierungen, das Potenzial energetischer Maßnahmen im Untersuchungszeitraum 2001/2002 nur zu 32 Prozent ausgeschöpft wurde.

25. Welche Auswirkungen haben die Modernisierungsmaßnahmen auf die Mietpreise?

Führt der Vermieter eine Modernisierungsmaßnahme durch, kann er gemäß § 559 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Jahresmiete um 11 Prozent der aufgewendeten Kosten erhöhen oder, wenn die Wohnung nach der Modernisierung in eine andere Kategorie des Mietspiegels fällt, eine entsprechende Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete vornehmen. Die Umlagemöglichkeit verringert sich bei Inanspruchnahme staatlicher Förderung, z. B. im Rahmen des CO_2-Gebäudesanierungsprogramms, entsprechend.

26. Liegen der Bundesregierung Untersuchungen über die CO_2-Bilanz und den Energieverbrauch zur Herstellung einzelner Baustoffe, z. B. Beton, Stahl und Holz vor?

Im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des BMVBS werden gegenwärtig die methodischen Grundlagen zur Ermittlung von notwendigen Umweltindikatoren im Bauwesen erarbeitet. Auf dieser Grundlage werden die ökologisch relevanten Baustoffinformationen für die wesentlichen Baustoffe bereitgestellt. Sie sollen im Zuge der Neufassung des BMVBS-Leitfadens „Nachhaltiges Bauen“ veröffentlicht werden. Bisher bestehen verschiedene wissenschaftliche Datenbanken, die nicht harmonisiert oder validiert sind.

27. Liegen der Bundesregierung Untersuchungen zur möglichen CO_2-Reduktion durch ökologisches und nachhaltiges Bauen mit nachwachsenden Baustoffen vor?

Der Einfluss von nachwachsenden Baustoffen zur CO_2-Einsparung wurde bisher nicht explizit untersucht, sondern bei ökobilanz-orientierten Berechnungen (Sensitivitätsanalysen und Relevanzstudien) in den Variantenvergleich einbezogen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333